

Interpellation

der Fraktion der SPD

betr. Steuerlich abzugsfähige Mitgliedsbeiträge.

Der Verband der Bayerischen Grundbesitzer e. V., der praktisch als die Vertretung des bayerischen Großgrundbesitzes anzusehen ist, hat mit Rundschreiben vom 15. September 1950 seine Mitglieder aufgefordert, zur Bildung eines Wahlfonds für die Stärkung einer bürgerlichen Majorität beizutragen. Nach dem Rundschreiben soll der Wahlfonds durch Erhöhung der Mitgliedsbeiträge auf das Doppelte aufgebracht und dadurch die Möglichkeit eröffnet werden, die Zahlung als Mitgliedsbeitrag buchen zu können.

Wir fragen den Herrn Bundesminister der Finanzen:

1. Hält die Bundesregierung die Verbuchung derartiger Zahlungen als steuerlich abzugsfähige Mitgliedsbeiträge für zulässig?
2. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einem solchen Mißbrauch der Bestimmungen über die steuerliche Abzugsfähigkeit von Mitgliederbeiträgen entgegenzutreten?

Bonn, den 26. Oktober 1950

Ollenhauer und Fraktion